

Öffentliche Sitzung
des Sozialausschusses
am Mittwoch, den 18.01.2023
im großen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:35 Uhr

Anwesend:

stellv. Vorsitzender

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

CDU

Frau Stadträtin Marianne Barthle

Frau Stadträtin Daniela Dinser

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Simon Ihlenfeldt

Frau Stadträtin Elena Risel

Herr Stadtrat Paul Schneider

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Stadträtin Sabine Braun

Frau Stadträtin Christa Kircher-Beißwenger

SPD

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Frau Stadträtin Britta Wertner-Penteker

Die Linke

Herr Stadtrat Andreas Dionyssiotis

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Dr. Dorothea Kosin

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Brigitte Abele

FDP/FW

Herr Stadtrat Ludwig Majohr

Verwaltung

Frau Inga Adam

Herr Klaus Arnholdt

Herr Geschäftsführer Peter Ernst

Herr Hermann Gaugele

Frau Ingeborg Pfeifer

Herr Hans-Peter Reuter

Schriftführer

Herr Thilo Störzer

Gast

Frau Jasmin Bacceliere

Herr Thomas Koch

Herr Stefan Merkle

Frau Anastasiya Mies

Jobcenter Ostalbkreis

Jobcenter Ostalbkreis

Jobcenter Ostalbkreis

VHS

Abwesend:

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Markus Hirsch

Die Linke

Frau Stadträtin Cynthia Schneider

Tagesordnung

=====

- 1** Entwicklungen der Strom- und Gaspreise
- 2** Einführung Bürgergeld zum 01.01.2023
Bericht des Jobcenters Ostalbkreis
- 3** Der Gmünder Weg bei der Aufnahme von Ukraine-Flüchtlingen
- 4** Weiterentwicklung und Stärkung der Wohngeldbehörde
- 5** Bekanntgaben
- 5.1** Projekt "Netzwerk der Wärme EIN-TOPF"
- 6** Anfragen

Erster Bürgermeister Baron begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

zu 1 Entwicklungen der Strom- und Gaspreise **Vorlage: 234/2022**

Protokoll:

Erster Bürgermeister Baron führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Herr Ernst, der Geschäftsführer der Stadtwerke Schwäbisch Gmünd, trägt den Sachverhalt anhand einer Powerpoint-Präsentation vor. (Anlage)

Erster Bürgermeister Baron teilt mit, dass er für sich einige wichtige Aussagen aus dem Vortrag von Herrn Ernst mitgenommen habe, die er gerne nochmals zusammenfassen möchte. Zum einen sei die befürchtete Gaskrise für die Wintersaison 2023/23 sehr unwahrscheinlich geworden.

Herr Ernst pflichtet Erster Bürgermeister Baron bei, dass im Augenblick keine Gas-mangellage mehr gesehen bzw. befürchtet werde. Die schlimmen Szenarien, die noch vor ein paar Monaten durchgespielt wurden, seien zum Glück nicht eingetreten.

Erster Bürgermeister Baron hebt zudem den Sachverhalt hervor, dass die Gas- bzw. Energiepreise auf einem sehr hohen Niveau sind, aber nicht mehr so hoch liegen wie in den Spitzenzeiten vor wenigen Monaten. Von einer Normalisierung sei man aber weit entfernt. Das Grundproblem der hohen Kosten besteht fort, sei durch die eingeleiteten staatlichen und regulierenden Maßnahmen aber mittlerweile entschärft. Trotzdem seien die hohen Kosten immer noch (zu) hoch und für manche Haushalte nicht bzw. sehr schwer zu stemmen.

Herr Ernst ergänzt, dass man auch bezüglich des kommenden Winters 2023/24 verhalten optimistisch sei, in keine Gasmangellage zu geraten. Dies läge vor allem daran, dass das wegfallende russische Pipeline-Gas voraussichtlich durch Flüssiggas ersetzt werden könne.

Stadträtin Braun/Bündnis90/Die Grünen fragt Herrn Ernst, ob schon viele Kunden in eine Notlage geraten seien und wer mit welchen Lebensumständen dann bei den Gmünder Stadtwerken ankommen würde.

Herr Ernst antwortet, dass aktuell noch nicht beobachtbar sein, dass sich viele Kunden hilfeschend und in einer Notlage bei den Stadtwerken melden würden. Dies läge wohl daran, dass noch die alten Gas- und Strompreise gelten. Nach den Jahresabrechnungen 2022 und mit den darauf folgenden neuen Abschlagszahlungen könnte sich die Situation aber natürlich stark ändern bzw. verschärfen.

Stadträtin Braun/Bündnis90/Die Grünen fragt ferner, ob die Folien dem Sitzungsprotokoll angehängt werden könnten.

Herr Ernst stimmt zu.

Stadträtin Risel/CDU fragt bei Herrn Ernst nach, ob er die Gefahr von landesweiten Strom-Blackouts sieht.

Herr Ernst erwidert, dass dies tatsächlich ein häufiges „Droh-Szenario“ wäre und dass damit auch medial „viel Panik verbreitet wird“. Dies sorge dann auf dem empfindlichen Strommarkt quasi jedes Mal für Preissteigerungen. Er denkt aber, dass die Blackout-Gefahr nicht sehr wahrscheinlich ist.

Stadträtin Risel/CDU erkundigt sich bei Herrn Ernst zudem nach dessen Einschätzung zur Sinnhaftigkeit des Betriebs einer PV-Anlage.

Herr Ernst ist der Auffassung, dass sich dies vor allem dann lohne, wenn der Strom selbst benötigt, also verbraucht wird. Das Stromeinspeisen ins Netz sei mittlerweile wenig rentabel. Wenn die vor Jahren abgeschlossenen Altverträge mit den regelmäßig sehr lukrativen Einspeisevergütungen auslaufen, können man leider heutzutage sicher nicht mehr mit ähnlichen Konditionen rechnen. Auf Eigenverbrauch zu gehen mache aber auf alle Fälle Sinn, da ja der Netzbezug recht hochpreisig ist.

Stadträtin Wertner-Penteker/SPD erkundigt sich, was mit den Menschen geschehe, die die Abschläge nicht mehr bezahlen könnten? Was kann Herr Ernst den Menschen raten, sollten diese etwa aus ihren Wohnungen ausziehen?

Herr Ernst ist der Meinung, dass diese auf keinen Fall ausziehen sollten. Man solle sich an die entsprechenden Stellen wenden, die hier Hilfe anbieten.

Herr Reuter und Erster Bürgermeister Baron weisen darauf hin, dass im Verlauf der Sitzung noch das neue Bürgergeld sowie die Wohngeldreform behandelt werden.

Herr Ernst denkt, dass die Möglichkeiten eines Stadtwerks bei solchen Notlagen begrenzt sind. Aber natürlich bestehen Hilfemöglichkeiten wie etwa Ratenzahlung, Beratung oder auch Weitervermittlung an die entsprechenden Stellen/Ämter usw.

Herr Reuter betont an dieser Stelle die große Wichtigkeit, Strom und Gas zu sparen! Wer weniger verbrauche, zahle natürlich auch weniger.

Herr Ernst pflichtet dem absolut bei und ergänzt den Fakt, dass durchschnittlich rund 20 Prozent der Energie für IT und Spaßelektronik verbraucht würden. Das Gebot der Stunde sei daher auch weiterhin, Strom und Energie einzusparen, wo auch immer das möglich sei. Manchmal müssten nur kleine Verhaltensänderungen stattfinden, mit dem anschließenden Effekt dadurch den eigenen Geldbeutel spürbar schonen zu können.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste erkundigt sich bei Herrn Ernst, ob dieser zum Stromanbieterwechsel raten würde.

Herr Ernst warnt vor Billiganbietern. Die Erfahrung aus der Vergangenheit zeige, dass diese auch recht häufig insolvent gingen. Es sollte bei einem in Erwägung gezogenen Stromanbieterwechsel auf alle Fälle ein großer, seriöser Anbieter sein. Sonst bestehe da ein Risiko.

Erster Bürgermeister Baron empfiehlt den Wechsel zu den Gmünder Stadtwerken bzw. diesen die Treue zu halten.

Stadtrat Schneider/CDU betont die Wichtigkeit des Sparens. Herr Schneider erkundigt sich, ob er Menschen, die nun in eine neue Haustechnik bzw. ein neues Energiekonzept investieren möchten, eher eine Wärmepumpe oder eine PV-Anlage empfehlen würde.

Herr Ernst antwortet, dass für den Einsatz einer Wärmepumpe sicher entscheidend ist, ob dies etwa in einem Bestandsgebäude baulich bzw. vom späteren Betrieb überhaupt Sinn mache, also effektiv funktioniere. Die Kombination PV-Anlage und Wärmepumpe kann er klar empfehlen, wenn der Tausch (bei Bestandsimmobilien) nach einer entsprechenden Prüfung so Sinn mache. Es ist bei (PV-)Anlagen nicht selten, dass einzelne kleine Bauteile fehlten und auch längere Zeit nicht geliefert werden könnten. Neben den gewöhnlich sehr langen Lieferzeiten komme auch noch dazu, dass die entsprechenden Fachkräfte für die Montage Zeit haben müssten.

Stadtrat Dionyssiotis/Die Linke kommt nochmals auf die angesprochene Energiepreisbremse zurück und merkt den Sachverhalt an, dass beim Strom 80 Prozent des Verbrauchs gedeckelt und mit 40 Cent pro Kilowattstunde abgerechnet wird. Das bedeute, dass nur noch 20 Prozent des Energieverbrauchs „auf dem Markt unterwegs sind“, d. h. mit dem Marktpreis abgerechnet würden. Diesen Sachverhalt eines Einheitsmarkts zu 80 Prozent solle man sich auch bei einem angedachten Stromanbieterwechsel vor Augen halten.

Herr Ernst ergänzt, dass die Energiepreisbremse aktuell noch bis 30. März 2024 gelte.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: Stadtwerke, 50
nachrichtlich an Amt:

zu 2 **Einführung Bürgergeld zum 01.01.2023**
Bericht des Jobcenters Ostalbkreis
Vorlage: 233/2022

Protokoll:

Erster Bürgermeister Baron führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Thomas Koch, Geschäftsführer des Jobcenters Ostalbkreis, und Stefan Merkle, Teamleiter des Jobcenters in Schwäbisch Gmünd, tragen anhand einer Powerpoint-Präsentation vor. (Anlage)

Herr Koch berichtet zunächst über die aktuelle Arbeitsmarktsituation. Die Zahl der Menschen in Schwäbisch Gmünd, welche die Grundsicherung für Arbeitssuchende beziehen, habe sich positiv entwickelt. D. h., dass diese im Jahresvergleich gesunken und im Kreisvergleich gegenüber dem Vormonat nicht so stark gestiegen sei.

Stadtrat Krieg/Bündnis90/Die Grünen erkundigt sich, warum dies so gekommen sei.

Herr Koch kann es nicht genau begründen, vermutet aber dass der Arbeitsmarkt besser läuft, d. h. höhere Zugänge wie Abgänge stattfinden. Er teilt anschließend mit, dass – bedingt durch den Beschluss des Bürgergelds erst kurz vor Jahresende – die Mitarbeiter des Jobcenters die Umstellung auf das neue Bürgergeld mit einem regelrechten Kraftakt über den Jahreswechsel bzw. zwischen den Jahren gestemmt hätten, bislang bzw. zunächst noch ohne zusätzliches Personal. Es habe alles funktioniert und zum 1. Januar 2023 konnten 6,5 Millionen Euro Bürgergeld ausbezahlt und rund 6.500 Bescheide verschickt werden. Herr Koch rechnet mit mehr Anträgen zum Bürgergeld (im Vergleich zum ALG II), aber man sei vorbereitet. Er merkt noch an, dass beim Bürgergeld der Staat die angemessenen Heizkosten komplett übernimmt, wohingegen aber die Stromkosten ein Teil der Regelleistung und keine eigenständige Position seien. Dies könnte in manchen Haushalten problematisch werden. Auch er mahnt nochmals zum Sparen beim Heizen und Stromverbrauch.

Erster Bürgermeister Baron erkundigt sich nach der Bearbeitungszeit der Bürgergeldanträge und erhält von Herrn Koch die Antwort, dass man eine regelmäßige Bearbeitungszeit (ohne Bescheiderteilung) von 48 Stunden habe bzw. diese halten wolle. Dies sei bei rund 90 Prozent der Fälle bei Vorliegen der vollständigen Unterlagen so machbar.

Stadträtin Risel/CDU dankt für den Vortrag und würdigt den besonderen Kraftakt der Jobcenter-Mitglieder über den Jahreswechsel. Bzgl. der unterstützten Bedarfsgemeinschaften, bei denen die Steigerungen ab Frühjahr 2022 vor allem auch der Ukrainekrise geschuldet waren, möchte sie wissen, warum es zahlenmäßig zum Jahresende 2022 hin wieder nach unten ging.

Herr Koch denkt, dass die Zahl der Ukraine-Flüchtlinge unter den Kunden im Dezember wohl deswegen gefallen sei, weil der Arbeitsmarkt doch relativ aufnahmefähig war.

Stadträtin Kircher-Beißwenger/Bündnis90/Die Grünen hat eine Nachfrage zur genauen Definition des Vermögens, welches bei Prüfung eines Bürgergeldanspruchs im Jobcenter zu berücksichtigen ist.

Herr Merkle gibt fachkundige Antwort, auch auf weitere Nachfrage von Stadtrat Beck/SPD zum erforderlichen Aufbrauchen des Vermögens. Letztlich muss immer der Einzelfall angeschaut werden, aber grundsätzlich müsse alles an Barvermögen und Wertgegenständen zunächst bis zum Schonbetrag aufgebraucht bzw. verkauft wer-

den. Die Altersvorsorge ist dem Grundsatz nach geschützt, aber auch hier muss individuell geschaut werden.

Herr Merkle erläutert auch, dass ein Bürgergeld-Bezieher, der ein Haus oder eine Wohnung abbezahlt, vom Jobcenter zwar die Zinsen übernommen bekommt, nicht aber die Tilgung der Immobilie.

Erster Bürgermeister Baron ergänzt, dass er im Sozialrecht die Erfahrung gemacht hat, dass häufig Immobilienvermögen vorliegt, das vor Leistungsgewährung erst bis zum Erreichen des Schonvermögens verwertet bzw. aufgebraucht werden muss.

Stadtrat Beck/SPD interessiert die Beurteilung von Herrn Koch, ob man mit dem Bürgergeld nun im Jobcenter besser arbeiten könne und wo vielleicht auch noch weitere Verbesserungen denkbar sind.

Herr Koch erklärt hierzu, dass sich durch das neue Bürgergeld vieles verbessert habe, man gut bzw. besser damit arbeiten könne. Viele Themen, die im Jobcenter des Ostalbkreises schon bislang wichtig waren, wie z. B. die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Kunden, ein gutes Miteinander oder auch nachhaltige Qualifizierungen, seien jetzt (verstärkt) im neuen Bürgergeld verankert. Das neue Bürgergeldgesetz bietet hier noch deutlich bessere Möglichkeiten als das bisherige Arbeitslosengeld II. Das Jobcenter könne nun auch im Einzelfall entscheiden, wenn womöglich eine Qualifizierungsmaßnahme zunächst wichtiger erscheine als eine sofortige Vermittlung. Entscheidend sei eine nachhaltige Vermittlung, so der Geschäftsführer des Jobcenters. Auf die Frage, was noch verbessert werden könnte, merkt Herr Koch etwa den Wunsch nach weiterem Bürokratieabbau an, dass mehr über Pauschalen geregelt wird, Bescheide lesbarer und verständlicher werden und dass sich nachhaltige Qualifizierung noch mehr lohnen bzw. Berücksichtigung finden sollte. Es werde im Jobcenter gerade am Limit gearbeitet und insbesondere auch für eine weiter optimierte Beratung und Betreuung bräuchte man mehr Personal. Er lobt explizit die vorbildliche Vernetzung hier in Schwäbisch Gmünd und dankt dafür stellvertretend Herrn Reuter, Herrn Gaugele und natürlich dem Sozialdezernenten Baron.

Herr Koch antwortet auf die entsprechende Frage von Stadtrat Dionyssiotis/Die Linke, dass ungefähr 90 Prozent der von den Kunden angegebenen Heizungskosten als angemessen eingestuft werden könnten.

Stadträtin Wertner-Penteker/SPD erkundigt sich nach der neu geschaffenen Schlichtungsstelle. Bei Meinungsverschiedenheiten über den Kooperationsplan kann ein Schlichtungsverfahren in Gang kommen.

Herr Koch bestätigt, dass hier auch grundsätzlich jemand Externes mit dazu genommen werden kann. Wobei man im Jobcenter denkt, das auch intern bewerkstelligen zu können.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 50
nachrichtlich an Amt:

zu 3 Der Gmünder Weg bei der Aufnahme von Ukraine-Flüchtlingen
Vorlage: 232/2022

Protokoll:

Erster Bürgermeister Baron führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Die nachfolgend aufgeführten Vortragenden verwenden teilweise Powerpoint-Präsentationen, die auch im Protokoll-Anhang enthalten sind:

- Hermann Gaugele (Statistik Ukrainische Flüchtlinge sowie Gmünder Weg und seine Anpassung)
- Inge Pfeifer (Tätigkeit der Ehrenamtlichen)
- Hans-Peter Reuter (Unterbringung der Geflüchteten)
- Klaus Arnholdt (Unterbringung in den Kitas und in den Schulen)
- Anastasiya Mies (Deutschkurse VHS)
- Jasmin Bacceliere (Jobcenter Ostalbkreis; Thema: Zahlen im/aus dem Jobcenter)
- Inga Adam (Kommunale Entwicklungszusammenarbeit, Obroshyne)

Herr Arnholdt betont das außergewöhnliche und überdurchschnittliche Engagement der Fachkräfte in den Kitas und Schulen.

Erster Bürgermeister Baron fand beim Besuch einzelner großer Gmünder Bildungseinrichtungen/Schulen beeindruckend, dass die zuständigen Lehrkräfte dort schon schnell und gut gelernt hätten, die Kinder einzuschätzen. D. h., dass es Kinder gibt, die hier bleiben möchten und eine hohe Motivation haben, ihre Chancen in Deutschland bzw. in Schwäbisch Gmünd zu nutzen. Und auf der anderen Seite erkenne man schon bald diejenigen Familien bzw. Kinder, die baldmöglichst wieder zurück in die Ukraine möchten und bei denen das Leistungsniveau und die Lernmotivation dann auch regelmäßig (vergleichsweise) geringer sind.

Stadträtin Risel/CDU möchte bzgl. der Dietrich Bonhoeffer-Schule wissen, wer dort das Schulgeld für die ukrainischen Kinder übernimmt.

Herr Arnholdt verweist darauf, dass es auch entsprechende staatliche Zuschüsse für Privatschulen pro Schulkind gebe.

Stadtrat Majohr/FDP/FWV informiert das Gremium darüber, dass er sich mit Herrn Nagelbach vom a.l.s.o. e. V. zusammengesetzt habe und an einer Fahrradwerkstatt arbeite. Diese soll auch den Geflüchteten ermöglichen, ein Fahrrad zu nutzen, auch wenn es zuvor erst repariert bzw. aufgebaut werden müsse. Dies könne in der Fahrradwerkstatt – mit freundlicher Unterstützung einer Fachkraft von Fahrrad Schmidt – erfolgen. Er sieht ein fahrtüchtiges Fahrrad als Chance an, Mobilität und Freiheit zu gewinnen.

Erster Bürgermeister Baron lobt dieses Engagement.

Stadträtin Braun/Bündnis90/Die Grünen fragt nach, wie es mit dem Anteil von Frauen und Männern bei den VHS-Sprachkursen aussieht.

Frau Mies von der Gmünder VHS teilt mit, dass man keine genaue Statistik führe, aber auf alle Fälle gesagt werden kann, dass die Sprachkurse vor allem von Frauen besucht werden. Zu Beginn der Ukraine-Krise waren es wohl fast nur Frauen, aber es kamen immer wieder auch einige Männer mit in die Kurse. Sie informiert des Weiteren, dass für die teilnehmenden Mütter direkt bei bzw. über die VHS keine Kinderbetreuungsmöglichkeiten angeboten werden. Es gebe aber Anbieter, an die verwiesen wird.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40, 50
nachrichtlich an Amt:

zu 4 Weiterentwicklung und Stärkung der Wohngeldbehörde

Protokoll:

Erster Bürgermeister Baron führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Herr Reuter trägt zum Thema vor. Die von ihm verwendete Powerpoint-Präsentation hängt dem Protokoll an. (Anlage)

Herr Reuter zieht das Fazit, dass durch das neue „Wohngeld Plus“ bis in die Mittelschicht hinein eine finanzielle Entlastung erfolgen kann.

Auch Erster Bürgermeister Baron sieht eine neue „große Reichweite“, die durch die Wohngeldreform geschaffen wurde. Man werde über das Wohngeld den Menschen in der Breite helfen können.

Erster Bürgermeister Baron betont die Probleme bzw. Verzögerungen, wenn etwa die Unterlagen zum Wohngeldantrag nicht vollständig eingereicht werden. Auch viele bzw. häufige Nachfragen verzögern das Arbeiten in der Wohngeldstelle. Man hat sich organisatorisch und auch personell nun neu und gut aufgestellt. Man sei zuversichtlich, die Herausforderungen der Wohngeldreform meistern zu können.

Stadtrat Dionyssiotis/Die Linke erkundigt sich nach den Bearbeitungszeiten in der Wohngeldstelle.

Herr Reuter entgegnet, dass man innerhalb von zwei Monaten ab Antragstellung anpeile. Dies wäre auch der ungefähre Wert von vor den Krisen bzw. vor Corona gewesen. Er erwähnt, dass es nun auch eine zentrale Annahmestelle für die Wohngeldanträge gibt. Zu den Öffnungszeiten kann man sich auch direkt im Amt melden. Am Dienstag ist allerdings die Wohngeldstelle für den Kundenverkehr geschlossen.

Hier widmet man sich voll der Fallbearbeitung und Bescheidfertigung. Wie sich die Fallzahlen weiterentwickeln, könne man jedoch sehr schlecht vorhersagen. Das sei „ein Blick in die Glaskugel“.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste fragt nach und bekommt von Herrn Reuter bestätigt, dass jeder Wohngeldbezieher von der Kita-Gebühr befreit werden kann. Ein entsprechender Antrag ist beim Kreisjugendamt zu stellen.

Auf Nachfrage von Stadtrat Beck/SPD erläutert Herr Reuter, dass auch Selbständige einen Wohngeldanspruch haben können. Dabei ist zunächst das Jahreseinkommen zu prüfen.

Herr Reuter ergänzt, dass auch Familien, die knapp an der Grenze zum Wohngeldbezug „vorbeischrammen“ unter Umständen Wohngeld bekommen könnten, wenn die Kita-Gebühren mit einbezogen würden. Dies müsse man im Einzelfall prüfen. Herr Reuter informiert auch darüber, dass das Kindergeld und der Kinderzuschlag beim Einkommen nicht angerechnet werden. Er betont ebenfalls, dass man in der Wohngeldstelle nun gut aufgestellt sei und man hoffe, dass das Land die Softwareprobleme des Wohngeld-Fachprogramms schnell in den Griff bekomme.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 50
nachrichtlich an Amt:

zu 5 Bekanntgaben

zu 5.1 Projekt "Netzwerk der Wärme EIN-TOPF"

Protokoll:

Zum bereits zuletzt vorgestellten Projekt „Netzwerk der Wärme EIN-TOPF“ gibt es nun einen Flyer. Dieser wird an die anwesenden Mitglieder des Sozialausschusses verteilt (bzw. siehe auch im Anhang).

Erster Bürgermeister Baron spricht von einer gelungenen und schon jetzt sehr gut angelaufenen Aktion.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 50
nachrichtlich an Amt:

zu 6 Anfragen**Protokoll:**

Nachdem keine Anfragen vorliegen, schließt Erster Bürgermeister Baron die Sitzung.

Für die Richtigkeit!

Den
Erster Bürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: